



Kurzprotokoll der 47. Sitzung

Ausschuss für Kultur und Medien

Berlin, den 15. November 2023, 14:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal 4.400

Vorsitz: Katrin Budde, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 6

Aktivitäten der Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien zur Förderung jüdischen
Lebens und zur Bekämpfung von Antisemitismus
im Kulturbereich



Tagesordnungspunkt 2

Seite 12

Künstliche Intelligenz und Medien

Fachgespräch mit:

Bettina Hesse

ver.di

Dr. Robert Kilian

Bundesverband der Unternehmen der Künstlichen Intelligenz in Deutschland

Dr. Niklas Maamar

Rechtsanwalt

Hanna Möllers

Initiative Urheberrecht

Prof. Dr. Sebastian Stober

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Tagesordnungspunkt 3

Seite 13

Antrag der Abgeordneten Jan Korte, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Opfer von NS-„Euthanasie“ und Zwangssterilisation als Verfolgte des Nationalsozialismus anerkennen – Aufarbeitung vorantreiben

BT-Drucksache 20/2429

Federführend:

Ausschuss für Kultur und Medien

Berichterstatter/in:

Abg. Marianne Schieder [SPD]

Abg. Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]

Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Thomas Hacker [FDP]

Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]

Abg. Jan Korte [DIE LINKE.]



Tagesordnungspunkt 4

Seite 13

Antrag der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

**Gerechte Vergütung von Autorinnen und Autoren gewährleisten -
Bibliothekstantiemen erhöhen**

BT-Drucksache 20/5832

Federführend:

Ausschuss für Kultur und Medien

Berichterstatter/in:

Abg. Marianne Schieder [SPD]
Abg. Ansgar Heveling [CDU/CSU]
Abg. Anikó Glogowski-Merten [FDP]
Abg. Michael Sacher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Martin Erwin Renner [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]

Tagesordnungspunkt 5

Seite 13

Antrag der Abgeordneten Marc Bernhard, Dr. Marc Jongen, Sebastian Münzenmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Nationaler Aktionsplan zur intelligenten Stadt

BT-Drucksache 20/5618

Federführend:

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Mitberatend:

Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss für Digitales
Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Berichterstatter/in:

Abg. Katrin Budde [SPD]
Abg. Marco Wanderwitz [CDU/CSU]
Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Anikó Glogowski-Merten [FDP]
Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]
Abg. Jan Korte [DIE LINKE.]

Tagesordnungspunkt 6

Seite 13

a) Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung
der Finanzhilfen des Bundes und der
Steuervergünstigungen für die Jahre 2019 bis 2022
(28. Subventionsbericht)**

BT-Drucksache 19/32170

Federführend:

Haushaltsausschuss

Mitberatend:

Sportausschuss
Finanzausschuss
Verkehrsausschuss
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss für Digitales

Berichterstatter/in:

Abg. Helge Lindh [SPD]
Abg. Michael Frieser [CDU/CSU]
Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Thomas Hacker [FDP]
Abg. Martin Erwin Renner [AfD]
Abg. Jan Korte [DIE LINKE.]



b) Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung
der Finanzhilfen des Bundes
und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2021
bis 2024**

(29. Subventionsbericht)

BT-Drucksache 20/8300

Federführend:

Haushaltsausschuss

Mitberatend:

Finanzausschuss

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und
Kommunen

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union

Berichterstatter/in:

Abg. Helge Lindh [SPD]

Abg. Michael Frieser [CDU/CSU]

Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Thomas Hacker [FDP]

Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]

Abg. Jan Korte [DIE LINKE.]

Tagesordnungspunkt 7

Seite 14

Antrag der Abgeordneten Eugen Schmidt, Dr. Götz
Frömming, René Bochmann, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der AfD

**Spätaussiedler willkommen heißen – Bekenntnisse
zum deutschen Volkstum
anerkennen**

BT-Drucksache 20/8532

Federführend:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Mitberatend:

Ausschuss für Kultur und Medien

Berichterstatter/in:

Abg. Marianne Schieder [SPD]

Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU]

Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Thomas Hacker [FDP]

Abg. Beatrix von Storch [AfD]

Abg. Jan Korte [DIE LINKE.]

**Mitglieder des Ausschusses**

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Budde, Katrin Koß, Simona Lindh, Helge Schieder, Marianne Schneider, Daniel Weingarten, Dr. Joe	Kühnert, Kevin Mende, Dirk-Ulrich Müntefering, Michelle Rohde, Dennis Wegge, Carmen Wiese, Dirk
CDU/CSU	Frieser, Michael Mörseburg, Maximilian Schenderlein, Dr. Christiane Wanderwitz, Marco Widmann-Mauz, Annette	Bär, Dorothee Connemann, Gitta Heveling, Ansgar Klößner, Julia Krings, Dr. Günter
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Amtsberg, Luise Grundl, Erhard Tesfaiesus, Awet	Fester, Emilia Sacher, Michael Schönberger, Marlene
FDP	Glogowski-Merten, Anikó Hacker, Thomas	Fricke, Otto Tippelt, Nico
AfD	Jongen, Dr. Marc Renner, Martin Erwin	Frömming, Dr. Götz Storch, Beatrix von
DIE LINKE.	Korte, Jan	Sitte, Dr. Petra



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die **Vorsitzende** spricht die besonderen Umstände des Sitzungstages an. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Vormittag träten die Fraktionen zu Sondersitzungen zusammen. Weil deshalb nur eine verkürzte Sitzung möglich sei, hätten sich die Obleute darauf verständigt, Tagesordnungspunkt 2 abzusetzen. Die Vorsitzende dankt den Obleuten für die auf kurzem Weg ermöglichte Einigung, berichtet, dass die sachverständigen Gäste bereits informiert seien, und sagt, das Fachgespräch werde möglichst bald nachgeholt.

Tagesordnungspunkt 1

Aktivitäten der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zur Förderung jüdischen Lebens und zur Bekämpfung von Antisemitismus im Kulturbereich

Die **Vorsitzende** erklärt, bei der Vorbereitung der Sitzung sei von den Obleuten bezweifelt worden, dass das für diesen Tagesordnungspunkt gewählte Debattenformat der Bedeutung der Fragestellung gerecht werde. Sie verweist auf vom Plenum zur Mitberatung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesene Entschließungsanträge zum Schutz jüdischen Lebens in Deutschland (Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP 20/9149 neu; CDU/CSU-Fraktion 20/9145) und fährt fort, diese Anträge stünden heute nicht zur Debatte. Anfang nächsten Jahres würden diese Vorlagen aufgesetzt, mit mehr Zeit und in größerer Runde beraten. In den Fraktionen kämen derzeit viele Briefe und Stellungnahmen an, deshalb sei der Hinweis wichtig, dass mit der heutigen Diskussion diese Beratung nicht abgeschlossen werde.

Es folgen Anmerkungen zum Verfahren und die Bitte an die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) einzuführen.

Staatsministerin **Claudia Roth** (BKM) begrüßt die Ankündigung der Vorsitzenden, Anfang des Jahres 2024 werde man die Diskussion wieder aufnehmen und vertiefen. Dann könne sie

vielleicht über neue Entwicklungen berichten, etwa über die Strukturreform der Documenta. Im Moment fehlten wichtige Informationen. So wisse niemand, wer das Land Hessen im Bereich Kultur künftig vertreten werde.

Die Terrorattacke der Hamas vom 7. Oktober 2023 erfülle mit Abscheu und Entsetzen. Der 7. Oktober sei der schwärzeste Tag in der Geschichte Israels und der jüdischen Nachkriegsgeschichte. Nie zuvor seit der Schoah seien so viele jüdische Menschen an einem Tag ermordet worden. Die Staatsministerin geht auf den Überfall auf ein Musikfestival und mehrere Kibbuzim ein, betont, dass der Raketenbeschuss auf Israel nicht aufgehört habe und beschreibt die Situation der Menschen dort, die von Trauer um die Ermordeten und die Sorge um diejenigen geprägt sei, die als Geiseln der Hamas gefangen gehalten würden. Die Staatsministerin betont, es habe sich um einen Angriff auf eine offene Gesellschaft, auf den Staat Israel und auf Jüdinnen und Juden gehandelt. Die BKM drückt Mitgefühl aus und hebt hervor, natürlich denke die Bundesregierung und dächten viele Menschen in Deutschland auch an das Leid der Zivilbevölkerung im Gazastreifen. Deutschland verstärke dort noch einmal die humanitäre Hilfe.

Vor diesem Hintergrund seien Bilder unerträglich, die zeigten, wie Anhänger/-innen der Hamas hierzulande den Bluttausch feierten und antisemitische Parolen brüllten. Die Staatsministerin nennt Beispiele für antisemitische Angriffe aus jüngster Zeit und berichtet von Angst in der jüdischen Gemeinschaft. Für Hass und Hetze dürfe es keine Toleranz geben, Polizei und Justiz sowie die gesamte Gesellschaft müssten sich der Aufgabe stellen. Jüdinnen und Juden müssten sich in Deutschland sicher fühlen können. Der Kampf gegen Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bilde den Kern der historischen und kulturellen Verantwortung aller Deutschen.

Die Staatsministerin berichtet von Gesprächen mit diversen Vertreterinnen und Vertretern der jüdischen Gemeinschaft, in denen deren Einsamkeit und ihr Gefühl des Verlassenseins spürbar



gewesen sei. Immer wieder sei dabei auch ein Vertrauensverlust gegenüber der Kulturszene zum Ausdruck gebracht worden. Doch auch die Kulturszene müsse ihrer Verantwortung gerecht werden. Geschützt und gefördert werden müssten nicht nur die jüdische Kultur und jüdische Kulturschaffende. Klar herausgestellt werden müsse ebenso, dass aus der Freiheit der Kunst Verantwortung entspringe. Mit Kunstfreiheit ließen sich Boykottaufrufe nicht rechtfertigen. Von Boykottaufrufen höre sie in den letzten Tagen wieder einmal verstärkt. Boykottaufrufe gegen jüdische Kunst, gegen israelische Kunst, gegen Kulturschaffende oder Wissenschaftler/-innen, die eine Einladung in israelische Einrichtungen angenommen hätten, gäben sehr zu denken und seien nicht akzeptabel. Druck, wie ihn BDS-Aktivist*innen (BDS = Boycott, Divestment, Sanctions) ausübten, sei entgegenzutreten.

Die Staatsministerin skizziert die Folgen des massiven Drucks durch BDS-Aktivitäten am Beispiel des Pop-Kultur Festivals in Berlin und beschreibt ihre damalige Gegenreaktion. Sie berichtet, seit der letzten Documenta werde an Verhaltensrichtlinien gearbeitet. Codes of Conduct seien eine wichtige Maßnahme, um Standards gegen Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit zu setzen. Ihr Haus arbeite dazu sehr intensiv unter anderem mit dem Haus der Kulturen der Welt (HKW) zusammen. Ziel sei es, die Standards nicht nur zu entwickeln, sondern umzusetzen.

Die Staatsministerin erklärt, gestern seien in einer Videokonferenz 130 Akteurinnen und Akteure aus Kultureinrichtungen zusammengekommen, die sich im BKM-Zuständigkeitsbereich befänden. Dort sei angesichts von Hass und Hetze von der wachsenden Sorge der Mitarbeitenden um ihre Sicherheit berichtet worden. Die Bundesregierung habe die Sicherheitsmaßnahmen an Einrichtungen wie dem Jüdischen Museum Berlin und am Holocaust-Mahnmal noch einmal verstärkt. Trotzdem stünden die Mitarbeitenden in diesen Einrichtungen unter erheblichem Druck. Claudia Roth erzählt, dass Deutschlands Botschafter in Israel, Steffen Seibert, die Veranstaltung eingeleitet habe. Sein Bericht über die Tragödie in Israel und in Gaza sei sehr eindrucksvoll gewesen.

Sie rate, Herrn Seibert auch einmal in den Kulturausschuss einzuladen.

Deutlich geworden sei, wie wichtig es sei, die Zusammenarbeit mit israelischen Einrichtungen zu verstärken. Sie wolle deshalb zusätzliche Angebote auf der kulturellen Ebene machen und kooperiere dazu mit dem Abraham Accords Institute, das noch Beziehungen aufrechterhalte zwischen Israel und vier arabischen Staaten. Gerade jetzt müsse die Kultur Räume bieten für den Dialog, für die Kontroverse, für Ermutigung, Schmerz und Trauer.

Die Staatsministerin nennt es vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte abenteuerlich, wenn behauptet werde, der Antisemitismus sei nach Deutschland eingewandert. Versucht werde, mit Hilfe dieser Behauptung, Muslime aus Deutschland zu verdrängen. Dabei gebe es auch in deren Gemeinschaft viel Verängstigung, würden diese Menschen bedroht.

In einer Zeit, in der sich die Gesellschaft in einer Zerreißprobe befinde, würden übergreifende Diskussionsräume gebraucht.

Schließlich kommt die Staatsministerin auf den Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 zu sprechen und nennt Beispiele, aus denen sich das konkrete Handeln der Bundesregierung im Kontext der Fragestellung ablesen lasse: Jüdische Einrichtungen würden aus dem Haushalt verstärkt unterstützt, ebenso zahlreiche Gedenkstätten in ganz Deutschland. Auch großen Wünschen komme die Bundesregierung nach, soweit es die Haushaltslage erlaube. Die Staatsministerin betont besonders, dass es gelungen sei, den freien Eintritt in das Jüdische Museum Berlin zu erhalten. Sie erwähnt das Programm „Jugend erinnert“ und hebt hervor, nicht nur die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus werde wachgehalten, sondern auch die an die SED-Geschichte. Sie sagt, das neue Konzept zur Erinnerungskultur in einer Einwanderungsgesellschaft solle zeitnah vorgelegt werden, und ergänzt die Liste der Projekte, die die Bundesregierung fördere, unter anderem um diverse Synagogen, in deren Sanierung investiert werde.



Die Bundesregierung schaue sich im Lichte der aktuellen Ereignisse alle Vorhaben noch einmal an und prüfe, wie sie die jüdische Kultur im Land sichtbarer und hörbarer machen könne. Dazu gehöre nicht zuletzt eine Reform der Beratenden Kommission (NS-Raubgut). Hier brauche sie die Länder an ihrer Seite.

Die **Vorsitzende** leitet in die Fraktionsrunde über.

Abg. **Gitta Connemann** (CDU/CSU) stellt fest, die Anwesenden eine die Betroffenheit angesichts des Massakers in Israel und der Ereignisse in Deutschland. Sie sei dankbar, dass die Staatsministerin in diesem Kontext das dröhnende Schweigen in der Kulturszene angesprochen habe. Diejenigen, die sich sonst zu nahezu jedem Thema zu Wort meldeten, schwiegen jetzt. Das treibe die jüdischen Mitbürger/-innen wirklich um. Sie sähen sich in ihrer Betroffenheit allein. Es stelle sich die Frage, wie dieses Schweigen ebenso wie die wieder verstärkten BDS-Aktivitäten durchbrochen werden könnten. Beide Phänomene bereiteten große Sorgen. Das habe der Zentralrat der Jüdinnen und Juden in Deutschland bestätigt.

Abg. Connemann betont, sie sei dankbar, dass die BKM versuche, Verhaltensrichtlinien mit Kulturinstitutionen zu entwickeln. Leider fruchte das Bemühen nicht an jeder Stelle. Es gebe in Kulturinstitutionen Mutige, die Kuratorinnen oder Kuratoren wegen antisemitischer Tweets freistellen. Aber es gebe auch diejenigen, die sich nach wie vor oder neuerdings zur Initiative GG 5.3 Weltoffenheit bekennen. Deshalb würden starke Rechtspositionen gebraucht, die gegen Antisemitismus und Rassismus verwendet werden könnten. Dazu biete sich entweder eine Änderung in § 23 Bundeshaushaltsordnung an oder müssten Zuwendungsbescheide der BKM mit einer entsprechenden Auflage versehen werden. Gebraucht würden explizite Formulierungen auf der Basis der IHRA-Definition (IHRA = International Holocaust Remembrance Alliance) für Antisemitismus, sodass die Zuwendungsempfänger/-innen zum Kampf gegen Antisemitismus verpflichtet würden. Auch der Widerruf von Mitteln würde so ermöglicht.

Abg. **Helge Lindh** (SPD) hebt hervor, Kunst und Kultur seien jetzt mehrfach gefordert. 1. Nach dem Terror vom 7. Oktober müssten dem Schmerz und den Stimmen der Opfer Raum gegeben werden. 2. Jüdischen Stimmen müsse ganz bewusst Platz verschafft werden und jüdisches Leben müsse in seiner Heterogenität gezeigt werden, um Cancel- und Boykottaufrufen entgegenzutreten. 3. Und schließlich gelte es, sich mit Antisemitismus, auch mit auf Israel bezogenem Antisemitismus, im Kunst- und Kulturbereich auseinanderzusetzen.

Diese Aufgabe sollte alle beschäftigen, sie müsse in den nächsten Jahren intensiv verfolgt werden. Er wisse, dass er sich bei einigen Institutionen nicht beliebt mache, wenn er irritiert feststelle, mit welcher atemberaubenden Geschwindigkeit Reaktionen auf die Entschließungsanträge in seinem Büro einträfen, dieselben Institutionen in Bezug auf den 7. Oktober und in anderen Debatten hingegen sehr leise geblieben seien. Das Missverhältnis verärgere ihn zutiefst.

Beides sei nötig: den Antisemitismus zu bekämpfen und die postkoloniale Aufarbeitung nicht aufzugeben. Die Aufarbeitung von Postkolonialismus sei allerdings kein Blankoscheck für Israelhass und Antisemitismus. Die Auseinandersetzung werde nur möglich sein, wenn man sich dem Diskurs und den eigenen blinden Flecken zuwende. Dieser großen Aufgabe müsse man sich stellen.

Außerdem dürfe man nicht zulassen, dass das Gegeneinander von Rassismus und Antisemitismus einreißt. Jeder, der gegen Rassismus kämpfe, müsse auch gegen Antisemitismus eingestellt sein.

Abg. **Simona Koß** (SPD) fragt die Staatsministerin, ob diese in ihre Förderrichtlinien künftig eine Passage mit einer Verpflichtung gegen Antisemitismus aufnehmen werde. Außerdem will sie wissen, was die BKM kulturpolitisch gezielt dafür tun könne, jüdisches Leben in Ostdeutschland zu stärken.



Abg. **Dr. Marc Jongen** (AfD) entgegnet der Staatsministerin, der Antisemitismus sei eben doch importiert. Die Bundesregierung habe ihn mit ihrer Migrationspolitik zugelassen, sie habe abertausende Judenfeinde ins Land gebracht. Die BKM habe aktiv dazu beigetragen, dass die postkolonialistische Ideologie, die inhärent antisemitisch sei, in der Kulturszene Fuß fasse. Anlässlich der Documenta habe man sich hinter der Kunstfreiheit verschanzt. Zwei Mitglieder des Documenta-Kuratoren-Teams Ruangrupa seien sogar gefragt worden, ob sie Mitglied der Findungskommission für die nächste Documenta werden wollten. Jetzt habe der BDS-Sympathisant Ranjit Hoskoté seinen Rückzug aus dieser Findungskommission damit begründet, keine pauschale Definition von Antisemitismus akzeptieren zu wollen.

Auch die Unterstützer der Initiative GG 5.3 Weltoffenheit gehörten in die Reihe der BDS-Sympathisanten und damit zu den Sympathisanten jener Leute, die am 8. April 2023 bei einer Demonstration in Berlin „Tod den Juden“ skandiert hätten.

Abg. Dr. Jongen zitiert aus der Zeitung *Die Welt*, die den Postkolonialismus als verheerende Ideologie bezeichnet und damit unterstrichen habe, was die AfD-Fraktion schon lange sage. Widerwärtiger Rassismus werde zu radical chic, entstanden sei eine Querfront zwischen „Islamofaschisten und der intellektualistischen Kunst- und Universitätsszene“. Israel gehöre aus dieser Sicht in die Reihe aller europäischen Kolonialstaaten. Alles gipfle im Narrativ vom globalen Süden, der unterdrückt werde.

Die Bundesregierung fördere stolz jedes Projekt, das Intersektionalität und Postkolonialismus im Namen führe. Solange hier nicht umgesteuert werde, solange werde das Übel nicht an der Wurzel bekämpft.

Abg. **Anikó Glogowski-Merten** (FDP) unterstreicht, dass ihre Fraktion ebenfalls für die Haltung stehe, dass Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft keinen Platz habe, egal von welcher Seite er komme.

Dass der 7. Oktober auf deutschen Straßen gefeiert werde, mache betroffen und sprachlos. Der Hass auf Israel werde offen gezeigt. Dem sei entschieden entgegenzutreten.

Thematisiert werden müsse der Spagat zwischen Kunstfreiheit und Verantwortung. Angesichts seiner gesellschaftspolitischen Verantwortung gehe es im Kulturbereich um Positionierung und Haltung.

Für die Prävention spielten beim Thema Antisemitismus Erinnerungskultur und kulturelle Bildung eine zentrale Rolle. Sie besäßen das Potenzial, Menschen unterschiedlichster Herkunft und Glaubensrichtungen zusammenzuführen.

Zu den Aufgaben der BKM gehöre, sichere und tolerante Räume zu etablieren, in denen der Spagat zwischen Kultur- und Kunstfreiheit und Verantwortung gelingen könne. Das Potenzial der Kultur gehöre in den Vordergrund.

Die Staatsministerin habe jüngst erklärt, es müsse schonungslos Bilanz gezogen werden. Wer die Halbzeitbilanz der BKM im Bereich der Erinnerungskultur anschau, finde allerdings nur wenig abgeschlossene Vorhaben. Auf der Habenseite finde man das Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“, dessen Errichtung kürzlich beschlossen worden sei. Viele andere Projekte steckten im Prozess. Abg. Glogowski-Merten fragt deshalb, wie die BKM ihre Vorhaben vorantreibe, nachdem der Antisemitismus in Deutschland präsenter geworden sei.

Zum Schluss widmet sich Abg. Glogowski-Merten der Documenta und will wissen, ob die Bundesmittel für die Documenta, sollten sie gestrichen werden, in anderen Kulturbereichen eingesetzt würden.

Abg. **Jan Korte** (DIE LINKE.) geht auf die Ausführungen von Abg. Dr. Marc Jongen ein. Er rate dem Vertreter einer Partei, die einen Björn Höcke in



ihren Reihen dulde, sich beim Thema Antisemitismus sehr zurückzuhalten.

Als Historiker stelle er außerdem fest: Der Antisemitismus sei in Deutschland nie verschwunden. Nur den Alliierten sei zu verdanken, dass er nach 1945 habe eingeeht werden können. Festzuhalten sei außerdem, dass 84 Prozent aller antisemitischen Straftaten von rechts kämen. Das zeige die Polizeiliche Kriminalstatistik.

Eine berechtigte Frage sei, warum in bestimmten Kunstkreisen antisemitische Stereotype gepflegt würden und diese dort verbreiteter seien als in anderen Milieus. Abg. Helge Lindh habe den Postkolonialismus angesprochen. Das Problem müsse dort aufgearbeitet werden.

Abg. Korte betont, es ergebe einen Unterschied, ob aus einer gewachsenen Kunst- und Kulturszene heraus in Frankreich oder den USA BDS-Projekte unterstützt würden, oder ob dies in Deutschland geschehe. Natürlich sei dies auch in Frankreich und den USA falsch, aber das Problem stelle sich völlig anders, wenn in Deutschland ein Boykott jüdischer Waren, jüdischer Kunst oder Ähnliches gefordert werde.

Ein wichtiger Punkt komme hinzu. In einer obrigkeitkritischen Linken und im Antimperialismus finde sich der Grundsatz: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Dabei werde die deutsche Geschichte ausgeblendet: Die Volksgemeinschaft sei auf dem Antisemitismus aufgebaut worden. In der Kunst- und Kulturszene müsse dringend aufgearbeitet werden, wo dieses Ressentiment herkomme. Der Antisemitismus beginne in dem Moment, in dem Israel für etwas kritisiert werde, das in jedem anderen Land dieser Erde vollkommen unbeachtet bleibe. Diese Art des Antisemitismus sei in der Szene weit verbreitet. Das müsse aufhören. Was bei der Documenta passiert sei, müsse künftig verhindert werden.

Abg. **Erhard Grundl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zitiert Hannah Arendt und stellt klar, Antisemitismus sei ein Angriff auf die Menschenwürde, er dürfe sich niemals erfolgreich als „Meinung“

tarnen. Er sei ein Angriff auf die Sicherheit von Jüdinnen und Juden, und er sei hierzulande allgegenwärtig. Das sei unerträglich. Daher sei es eine entscheidende politische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Antisemitismus in aller Schärfe Einhalt zu gebieten. Es gehe um das Wesen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Jüdisches Leben sei als integraler Teil der deutschen Gesellschaft zu schützen.

Die Geschichte lehre, dass da, wo Jüdinnen und Juden nicht sicher seien, niemand sicher sein könne.

Abg. **Marlene Schönberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schließt sich Abg. Korte an und fügt hinzu, Antisemitismus finde sich in allen Teilen der Gesellschaft: in der muslimischen Community genauso wie in der Mitte der Gesellschaft, links wie rechts. Ein Drittel der deutschen Bevölkerung habe latent oder offen antisemitische Einstellungen. Und das sei auch schon vor 2015 der Fall gewesen.

Abg. Schönberger betont, nur wenn man dies zugebe, sei es möglich, den Antisemitismus zu bekämpfen. Wer den Antisemitismus migrantischer Personen hervorhebe, suche eine Gelegenheit dafür, sich rassistisch zu äußern oder vom eigenen Antisemitismus abzulenken.

In Gesprächen berichteten jüdische Künstler/-innen und Kulturschaffende immer wieder von Ausschluss- und Diskriminierungserfahrungen. Viele fühlten sich einsam oder eingeschüchtert. Daher begrüße sie die Herangehensweise der BKM, die den Austausch mit Betroffenen suche. Damit leiste die Staatsministerin einen Beitrag dazu, Vertrauen aufzubauen. Abg. Schönberger bittet die BKM zu berichten, ob es erste Ergebnisse solcher Gespräche gebe und welche Probleme prioritär angegangen werden müssten, um die Situation für jüdische Kunst- und Kulturschaffende zu verbessern.

Die **Vorsitzende** bittet um Antworten.



Staatsministerin **Claudia Roth** (BKM) wirbt um Verständnis, wenn sie im Moment nicht alle Fragen beantworten könne und verweist auf die angekündigte Fortsetzung der Debatte.

Tatsächlich habe zunächst dröhnendes Schweigen geherrscht, doch dann hätten viele große Verbände und auch Festivals Erklärungen abgegeben. Diese seien allerdings merkwürdig empathielos ausgefallen. Die Staatsministerin verweist auf Ereignisse, die in der Vergangenheit viele tausend Menschen veranlasst hätten, auf die Straßen zu gehen. Im Verhältnis dazu sei die Anzahl der Demonstrierenden klein gewesen, die dem Aufruf des Bundespräsidenten, von demokratischen Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgebern gefolgt seien. Diese Zurückhaltung sei irritierend. Bei der gestrigen BKM-Veranstaltung sei die Idee aufgekommen, zu einer großen Kundgebung am Holocaust-Gedenktag aufzurufen. Sie finde diese Idee gut, darüber müsse man mit Parteien, Verbänden, Kirchen und anderen sprechen.

In den Einrichtungen sei die Zeit für Erklärungen vorbei. Stattdessen habe sie die Frage an die Häuser gerichtet, was sie konkret machten, welche Prioritäten sie setzten und welche Programme sie anböten, nicht zuletzt, um gegen Versuche vorzugehen, die Gesellschaft zu spalten. Die Staatsministerin nennt positive Beispiele für Veranstaltungen, die es mehr und mehr gebe, hält aber gleichzeitig fest, dass es vielfach jüdischen Künstlern überlassen bleibe, solche Veranstaltungen zu initiieren. Es fehlten allenthalben Zeichen der Solidarität. So hätten viele erzählt, dass nach dem 7. Oktober wochenlang keine Reaktionen erfolgt seien, nicht einmal per SMS, während zuvor jede Bagatelle kommuniziert worden sei.

Es gebe offensichtlich eine irritierend große Verunsicherung. Dabei sei die Bewertung der Ereignisse vom 7. Oktober klar. Es habe sich um einen grauenhaften, barbarischen Terrorakt gehandelt. Die Hamas sei keine Freiheitsbewegung, wie der türkische Präsident behauptete, sondern eine Terrororganisation, die auch Palästinenser/-innen in Geiselhaft nehme. Die Bilder aus Gaza zeigten dies deutlich.

Die Staatsministerin betont, dass der Bund in die Entscheidungsstrukturen der Documenta nach wie vor nicht eingebunden sei. Er habe daher auch keinen Einfluss auf die Zusammensetzung der Findungskommission und die Berufung von Ranjit Hoskote gehabt. Herr Hoskote habe sich vor einigen Jahren eindeutig antisemitisch geäußert und sei jetzt nicht bereit gewesen, sich davon zu distanzieren.

Die BKM gibt an, sie hoffe sehr, dass der Bund bei einem Neubeginn in die Strukturen der Documenta eingebunden werde. Werde der Bund an Kontrolle und Verantwortung nicht beteiligt, gebe es keine Gelder mehr aus dem Bundeshaushalt für die Kunstschau.

Über die Codes of Conduct berichte sie gern im Januar 2024. Klar sei, dass keine Projekte mit BDS-Hintergrund gefördert würden. Gern erläutere sie dies demnächst am konkreten Beispiel.

Die Staatsministerin verweist auf die Eröffnung der Frankfurter Buchmesse, wo sie den Terror des 7. Oktober in ihrer Rede ohne Wenn und Aber benannt habe. Auch andere hätten das absolut Böse des Terrorakts herausgestellt. Der slowenische Philosoph Slavoj Žižek habe seiner Kritik am Anschlag der Hamas allerdings ein „Aber“ hinzugefügt. So machten es viele, die die Ereignisse sofort relativierten und eine Begründung für diese Barbarei suchten. Genau diese Reaktionen seien so schmerzhaft. Die Staatsministerin bezieht sich auf Meron Mendel und sagt, wenn der Terror als Terror anerkannt werde, könne man über vieles reden. Wenn relativiert und nach Begründungen für den Terror gesucht werde, verursache dies Schmerz. Das Relativieren und Gegenüberstellen machten große Sorgen.

Die Staatsministerin schließt sich Abg. Helge Lindh's Ausführungen zu Antisemitismus und Rassismus an. Abg. Dr. Marc Jongens Versuch, Muslime und eingewanderte Menschen unter Generalverdacht zu stellen, sei gefährlich. Er gieße Öl ins Feuer. Dies sei insbesondere deshalb nicht akzeptabel, weil in dessen Partei und Fraktion prominente Personen akzeptiert würden, die den Holocaust kleinredeten.



Verfolgt werde offenbar die Strategie, die AfD-Ideologie gegen Eingewanderte mit dem Terror vom 7. Oktober zu verbinden. Dabei gebe es Antisemitismus seit Anbeginn der Bundesrepublik Deutschland. Es habe ihn auch in der DDR gegeben. Über Jahrzehnte sei er nicht ernst genommen worden. Lange seien rechtsextremistische Übergriffe als Einzelfälle bagatellisiert worden. Dabei habe die Wissenschaft seit Jahrzehnten ein stabiles Fundament für den Antisemitismus in allen Teilen der Gesellschaft nachgewiesen. Dieses Fundament reiche weit in die Mitte der Gesellschaft, Antisemitismus gebe es auch bei Migranten, aber nicht nur bei Migranten. Der Antisemitismus sei nicht eingewandert.

Die BKM wendet sich der Frage zu, wie junge Menschen erreicht werden könnten und weist beispielhaft auf die Verleihung des Julius Hirsch Preises hin, den die Kulturstiftung des Deutschen Fußball-Bundes verleihe. Der Preis trage den Namen eines jüdischen Nationalspielers, der in Auschwitz ermordet wurde. Ausgezeichnet würden besondere Fan- und Fußballprojekte. Außerdem gebe es einen Ehrenpreis, der diesmal dem Freiburger Trainer Christian Streich zuerkannt worden sei. Die Laudatio, die Matthias Brandt gehalten habe, lege sie den Anwesenden sehr ans Herz. Christian Streich sei gefragt worden, wie er mit Spielern über die Ereignisse in Israel geredet habe.

Er habe berichtet, dass von den jungen Spielern kaum einer etwas vom Holocaust wisse, es herrsche absolutes Nichtwissen.

Das Beispiel zeige, wo angesetzt werden müsse. Gebraucht würden neue Formate. Es gebe eine Zusammenarbeit mit Steven Spielbergs Shoah Foundation, um neue Formen zu entwickeln, die junge Menschen ansprechen.

In ihrem Haus sei man dabei, Prioritäten zu überprüfen. Mit dem neuen Konzept für die Erinnerungskultur wolle sie so schnell wie möglich fertig werden.

Die BKM betont noch einmal die hohe Bedeutung, des Zuhörens. Es müssten Begegnungen ermöglicht werden, übrigens auch mit israelischen Intellektuellen, Künstlerinnen und Künstlern. In allen Gesprächen eröffneten sich sehr unterschiedliche Perspektiven, es lohne sich, geschützte Räume zu öffnen. Manche Jüdinnen und Juden, die in Deutschland lebten, berichteten, ihre Koffer seien gepackt, sie wüssten aber nicht wohin. Gleichzeitig kämen zunehmend Menschen aus Israel, die in Deutschland auf Sicherheit hofften. Es komme zu Retraumatisierungen. Die Staatsministerin rät, den direkten Kontakt zu suchen.

Abschließend bittet sie darum, Vorschläge nicht zurückzuhalten. Sie sei mit ihrem Haus sehr offen für Anregungen und gern bereit, etwas zu verstärken oder zu verbessern.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass Fragen nach veränderten Förderrichtlinien oder Änderungen im Haushaltsrecht offengeblieben seien. Diese Fragestellung sei daher als Schwerpunkt in die für Januar angekündigte Fortsetzung mitzunehmen. Alle kennten die Schwierigkeiten, so eine Forderung umzusetzen. Trotzdem gelte es, darüber nachzudenken, wie man so etwas rechtlich verankern könnte. Der Ausschuss lasse sich gern berichten, wie es gehen könnte.

Tagesordnungspunkt 2

Künstliche Intelligenz und Medien

Fachgespräch mit:

Bettina Hesse
ver.di

Dr. Robert Kilian
Bundesverband der Unternehmen der
Künstlichen Intelligenz in Deutschland

Dr. Niklas Maamar
Rechtsanwalt

Hanna Möllers



Initiative Urheberrecht

Prof. Dr. Sebastian Stober
Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Tagesordnungspunkt 2 wird abgesetzt.

Tagesordnungspunkt 3

Antrag der Abgeordneten Jan Korte, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

**Opfer von NS-„Euthanasie“ und
Zwangssterilisation als Verfolgte des
Nationalsozialismus anerkennen – Aufarbeitung
vorantreiben**

BT-Drucksache 20/2429

**Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt
Ablehnung des Antrags der Fraktion DIE LINKE.
auf Drucksache 20/2429 mit den Stimmen der
Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der
Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der
Fraktion der AfD.**

Tagesordnungspunkt 4

Antrag der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

**Gerechte Vergütung von Autorinnen und Autoren
gewährleisten -
Bibliothekstantiemen erhöhen**

BT-Drucksache 20/5832

**Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt
Ablehnung des Antrags der Fraktion DIE LINKE.
auf Drucksache 20/5832 mit den Stimmen der
Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der
Fraktion DIE LINKE.**

Tagesordnungspunkt 5

Antrag der Abgeordneten Marc Bernhard, Dr. Marc Jongen, Sebastian Münzenmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Nationaler Aktionsplan zur intelligenten Stadt
BT-Drucksache 20/5618**

**Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt
Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf
Drucksache 20/5618 mit den Stimmen der
Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die
Stimmen der Fraktion der AfD.**

Tagesordnungspunkt 6

a) Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht der Bundesregierung über die
Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und
der Steuervergünstigungen für die Jahre 2019 bis
2022
(28. Subventionsbericht)**

BT-Drucksache 19/32170

**Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt
Kenntnisnahme.**



b) Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht der Bundesregierung über die
Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes
und der Steuervergünstigungen für die Jahre
2021 bis 2024**

(29. Subventionsbericht)

BT-Drucksache 20/8300

**Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt
Kenntnisnahme.**

Tagesordnungspunkt 7

Antrag der Abgeordneten Eugen Schmidt, Dr. Götz Frömming, René Bochmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Spätaussiedler willkommen heißen –
Bekanntnisse zum deutschen Volkstum
anerkennen**

BT-Drucksache 20/8532

**Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt
Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf
Drucksache 20/8532 mit den Stimmen der
Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die
Stimmen der Fraktion der AfD.**

Schluss der Sitzung: 15:00 Uhr

Katrin Budde, MdB
Vorsitzende